

Für die Presse

Es gilt das gesprochene Wort
Sperrfrist 09.11., 19.00 Uhr

Laurenzplatz 1-3
50667 Köln, 09.11.2010
Telefon (02 21) 61 72 84
Telefax (02 21) 61 72 86
chrjuedzus@aol.com
www.koelnische-gesellschaft.de

**Rede 9.11.2010 in der Synagoge Köln zum 72. Jahrestag der Pogromnacht,
Dr. Jürgen Wilhelm, Vorsitzender der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit**

Heute freue ich mich ganz besonders darüber, dass es in diesem Jahr erneut gelungen ist, unserer Veranstaltung in der Synagoge einen neuen Impuls zu geben, indem wir Jugendliche und junge Erwachsene in unsere traditionelle Gedenkveranstaltung mit einbeziehen. Für diesen Beitrag der jungen Leute danke ich sehr herzlich. Es ist ein Weg, den wir in den nächsten Jahren gerne fortführen wollen.

Nach der Befreiung der Deutschen von Terror und Barbarei im Mai 1945 hätten die damaligen Zeitgenossen wohl kaum extrem rechten Parteien und deren Parolen noch irgendeine Zukunft eingeräumt. Es ist deshalb besonders bedrückend, dass wir heute wieder – wie bei den Wahlen in Holland und Schweden vor einigen Wochen zu sehen war – eine schleichende Akzeptanz von nationalistischen und rassistischen Ideologien in der Gegenwart feststellen können. Diese Tendenzen zeigen sich aber auch in der gegenwärtigen Einwanderungsdebatte oder im Fall des ehemaligen Bankdirektors mit dem urdeutschen Namen und der germanischen Ausstrahlung.

Was wir als Folge dieser ekelhaft heuchlerischen Phobiedebatte erleiden müssen, ist deprimierend. Eine von zynischem Kalkül geprägte zugespitzte und durch die Medien verstärkte, immer wieder instrumentalisierte und polarisierte Debatte um Zuwanderung, Fremdheit und Ausgrenzung, insbesondere gegenüber den Muslimen. Anstatt über die dringende Notwendigkeit von verbesserter Integration, solidarischem Miteinander, von Toleranz und Nächstenliebe zu sprechen, sehen wir uns mit billigem, geradezu obsessiven Philosemitismus konfrontiert, der in einer tsunamigleichen Medienwelle die Bemühungen tausender, ja zehntausender Menschen in Deutschland und in Europa um Integration, Verständnis und demokratischer Offenheit wegzuwischen droht.

Denn das ist das Furchtbare an dieser neorassistischen Debatte: sie wird nicht mit konstruktivem Geist, sondern mit destruktiven, der Ab- und Ausgrenzung huldigenden Vokabeln geführt. Und sage

niemand, dass dies nicht beabsichtigt sei: es ist von diesen Leuten ganz genau so gewollt, und sie haben in eiskalter Berechnung die Empörungsrituale der von Ihnen als naive Gutmenschen Disqualifizierten und die der Medien einkalkuliert. Medien, die ein Thema ohne kritische Selbstreflexion transportieren, wenn denn nur ein Tabu gebrochen wird. Alle, die mit Medien arbeiten müssen, wissen, wie so etwas funktioniert.

Aber bislang gab es in Deutschland aufgrund unserer jüngsten Geschichte, an deren düsteres Kapitel des 9. November 1938 wir heute in dieser Synagoge erinnern, einen common sense, der es jedem verantwortlich Handelnden verbot, Ängste und Neidgefühle zu Lasten von Minderheiten, seien sie nun religiös oder national, aufgrund ihrer Hautfarbe oder ihrer Sprache oder aus sonst einem Grund auszuspielen, zu instrumentalisieren oder gar zu deren Bekämpfung, Unterdrückung und Ausweisung auszurufen.

Aber genau dies ist nach der Ermordung von Thilo van Gogh in Holland, nach Provokationen in Belgien und Dänemark, den Erfolgen der Rechten im Parlament Den Haags nun auch in Deutschland geschehen. Es kann also nicht verwundern, dass die extreme Rechte versucht, den Fall für sich zu nutzen: die rechtsradikale Partei Pro Köln beantragte für den ehemaligen Bankdirektor die Ehrenbürgerwürde für Köln und der NPD-Chef bot ihm einen Berater-Job an. Das Schmunzeln gefriert einem zur Grimasse angesichts der Ernsthaftigkeit des Anliegens.

Wir sind offensichtlich wieder dahin zurückgefallen, worüber der geniale Heinrich Heine vor über 150 Jahren in „Krähwinkels Schreckentagen“ ironisierend schrieb:

Ausländer, Fremde, sind es meist,
Die unter uns gesät den Geist
der Rebellion. Dergleichen Sünder,
Gottlob! sind selten Landeskinder.

Der Obrigkeit gehorchen, ist
Die erste Pflicht für Jud und Christ.
Es schließe jeder seine Bude
Sobald es dunkelt, Christ und Jude.

Vertrauet Eurem Magistrat,
Der fromm und liebend schützt den Staat
durch huldreich hochwohlweises Walten;
Euch ziemt es, stets das Maul zu halten.

Heine hat damals nicht das Maul gehalten, und wir werden heute nicht schweigen, wenn 72 Jahre nach der sog. Reichskristallnacht, dem Novemberpogrom also, ein aus Steuermitteln bezahlter Mensch biologistisches Geschwätz über Juden, Muslime und andere Menschen verbreitet.

Wir haben uns heute hier versammelt, um unsere jahrzehntelange Arbeit zur Versöhnung, zur Toleranz, zum humanitären Imperativ unserer Gesellschaft weiter voran zu bringen. Es gibt keine Alternative zur individuellen Anstrengung, zum dialogischen Miteinander auf Augenhöhe, eine menschenwürdige Gesellschaft zu erreichen.

Erzwingen kann man sie freilich nicht, und natürlich gehören dazu immer alle Seiten: ich habe es an dieser Stelle viele Male gesagt und wiederhole es auch heute: keine Toleranz für die Intoleranz! Dies entspricht unserem kämpferischen Grundgesetz und gilt ohne Wenn und Aber, und auch die Notwendigkeit des Respekts und der Anerkennung unserer Wertordnung sei erneut, wiewohl selbstverständlich, betont.

In diesem Zusammenhang ist es leider nur als fatal zu bezeichnen, wenn der Bundespräsident und andere die angeblich „christlich-jüdischen“ Wurzeln unserer Gesellschaft benutzen, um sie gegen den Islam und seine Glaubensanhänger auszuspielen, die dann in einem Atemzug und mit großer Geste in eine „bunte Republik“ integriert werden sollen.

In allen Variationen und von wem auch immer genutzt, geht es bei dieser vermutlich positiv gemeinten Chiffre aber in erster Linie um Abgrenzung und Ausgrenzung; nirgends ist auf das stets bestehende Spannungsverhältnis zwischen Christentum und Judentum eingegangen worden, geschweige denn, dass die zu aller Zeit betriebene Diskriminierung der Juden in Deutschland, die schließlich im systematischen Mord endete, erwähnt oder mit reflektiert wurde.

Heute so zu tun, als habe es in Deutschland und Europa einen seit Jahrhunderten mit gleichen Werten und Vorstellungen gelebten „christlich-jüdischen“ gesellschaftlichen Konsens gegeben, ist nicht nur historisch falsch, sondern auch gesellschaftspolitisch fatal.

Der Name unserer Gesellschaft, der „Christlich-Jüdischen“, für die ich hier sprechen darf, hat denn auch eine andere Bedeutung. Seine Funktion ist nicht die der Abgrenzung, sondern die des Brückenbaus, eben weil sie sich auf keine gemeinsame Tradition berufen kann.

Uns treiben das Bewusstsein und die Verantwortung, dass die deutsche Vergangenheit uns verpflichtet, kritisch mit unserer Geschichte umzugehen, den Dialog zu suchen und Gemeinsamkeiten zu finden. Dabei sollten wir uns bewusst sein, dass es alles andere als selbstverständlich ist, dass es eine solche Zusammenarbeit gegenwärtig tatsächlich wieder gibt und wir den Begriff verwenden können und dürfen. Ihn gilt es deshalb zu schützen vor der Inanspruchnahme zur Ausgrenzung Andersgläubiger. Vor allem, damit nicht die Muslime als „die Anderen“, nicht dieser angeblichen Tradition zugehörigen, gleichzeitig gebrandmarkt und umworben werden. Eine tückischere Umarmung kann man sich kaum vorstellen!

Auch in Köln treffen wir die unterschiedlichen Formen rassistischen und antisemitischen Ressentiments an. Auch wenn es hier viele positive Beispiele für ein engagiertes Entgegenreten gegen Rechtsextremismus und beachtliche zivilgesellschaftliche Formen gegen Rassismus und Antisemitismus gibt, so haben doch in den letzten Wochen mehrere Ereignisse aufhorchen lassen, über die bereits gesprochen wurde.

-----Nachdem Mitte Oktober marodierende Neonazis in einer Ehrenfelder Gaststätte volksverhetzende Parolen skandierten und dann nur wenige Tage später wiederum Männer aus der extrem rechten Szene vor dem Rathaus das Straßenschild „Judengasse“ herunterrissen, haben wiederum nur wenige Tage später auch noch vier Schüler drei jüdische Mädchen bespuckt und beschimpft, weil diese sich gegen Judenwitze gewehrt hatten. Schon einige Wochen zuvor hatte die Staatsanwaltschaft Walter Herrmann, den Betreiber der „Kölner Klagemauer“ freigesprochen, der durch ein eindeutig antisemitisches Bild von sich reden gemacht hatte. -----

Obwohl diese einzelnen Vorfälle nicht in direkter Verbindung stehen, so zeigt sich doch, dass man in Köln von der vielbeschworenen toleranten Stadtgesellschaft ein gutes Stück entfernt ist.

Voraussetzung für erfolgreiche Projekte gegen Rassismus und Antisemitismus gibt es in dieser Stadt andererseits sehr viele. An keinem Ort der Republik sind die Wurzeln jüdischer Geschichte so sichtbar wie in Köln. Das Dekret Kaiser Konstantins von 321 beweist, dass unsere Stadt ein einzigartiges historisches jüdisches Erbe birgt, ein Umstand, mit dem sie bislang viel zu wenig, als selbstverständlicher Teil ihrer Historie, gewuchert hat. Denn zu allen Zeiten ihrer Anwesenheit waren die jüdischen Bürger für diese Stadt ein Segen; sie haben Kultur und Gesellschaft der Stadt stets großzügig gefördert. All’ das kann man mittlerweile gut erforscht nachlesen.

Das Projekt des Hauses der jüdischen Kunst und Kultur wird deshalb für das zukünftige lebendige Miteinander der Kölner Stadtgesellschaft eine herausragende positive Rolle spielen. Dieses soll nicht nur Exponate ausstellen, das Kölner Judentum sozusagen retrospektiv museal in eine archäologische Zone einschließen; vielmehr soll an historisch bedeutsamer Stelle ein Ort der Begegnung entstehen, an dem in Form von Ausstellungen, Veranstaltungen und Projekten interkulturelles und interreligiöses Zusammenleben thematisiert und vor allem durch junge Menschen gefeiert und demonstriert wird. Übrigens dient einem ähnlichen Zweck für unsere muslimischen Freunde ja auch die neue Moschee, die nicht alleine Gotteshaus, sondern ebenfalls lebendige Begegnungsstätte für alle Kölner werden soll.

Ein Haus für jüdische Kultur und jüdisches Leben in der Hauptstadt der Toleranz, die Köln doch so gerne sein möchte, steht auch im Zusammenhang mit der Frage, wie nach dem Verlust der Zeitzeugenstimmen — genauer gesagt, der Opfer und Widerstandskämpfer, die mittlerweile fast alle verstorben sind – ein lebendiges Gedenken an die grausamen Verbrechen der Schoa entwickelt werden kann, damit Erinnerung nicht zur Routine oder zum bloßen Ritual wird.

Das Signal der Versöhnung und Toleranz, das von diesem historisch bedeutsamen und gleichzeitig so hochaktuellen Kulturprojekt im Herzen der Stadt ausgeht, wird weit über die Stadt hinaus auf das Land Nordrhein-Westfalen, vielleicht sogar Deutschlands und Europas strahlen.